



Nr. 22

06. Juni 2013

Inhalt

[dbb Innovationspreis verliehen – Dauderstädt: Öffentlicher Dienst wappnet sich für demografischen Wandel](#)+++
[dbb bekräftigt Ablehnung von Bürgerversicherung](#)+++
[Kongress „neue Verwaltung“ in Leipzig eröffnet – Russ kritisiert politische Versäumnisse – Öffentliche Verwaltung konsequent digitalisieren](#)+++
[dbb Vize Stich zu länderspezifischen Empfehlungen](#)+++
[dbb jugend: Europäische Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit nötig](#)+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Dienstrechtsreform - dbb rheinland-pfalz: Kritikpunkte bleiben](#)+++
[NBB bezeichnet Berechnungsgrundlage für Stellenabbau als „realitätsfern“](#)+++
[Vor dem Schweriner Landtag: Demonstration für bürgernehe Justiz](#)+++
[Sachsen-Anhalt: Geplante Kürzungen vom Tisch](#)+++
[dbb brandenburg wertet Aktion „Weckruf“ als „vollen Erfolg“](#)+++
[BDZ sieht sich bestätigt: Konzept einer „Bundesfinanzpolizei“ gescheitert](#)+++
[VBE zum Wettbewerb „Starke Schule“: Schulabschluss für jeden ermöglichen](#)+++
[„Einheitslehrer“ wird vom Philologenverband abgelehnt](#)+++
[BLBS-Kritik: Warum werden wir nicht gefragt?](#)+++
[VDR: Differenzierte Bildungsangebote sichern erfolgreichen Übergang in den Beruf](#)+++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

dbb Innovationspreis verliehen – Dauderstädt: Öffentlicher Dienst wappnet sich für demografischen Wandel

(dbb) Der dbb Innovationspreis 2013 geht an das kommunale Online-Informations- und Serviceportal „MeinServiceStuttgart“. Die Auszeichnung, mit 50.000 Euro eine der höchstdotierten im deutschsprachigen Raum, soll Neuerungen im öffentlichen Dienst initiieren, fördern und der Öffentlichkeit als Vorbild bekannt machen. „Der öffentliche Dienst wappnet sich für die Herausforderungen des demografischen Wandels“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Preisverleihung am 5. Juni 2013 auf dem Kongress „neueVerwaltung“ in Leipzig fest.

Bei einer Vielzahl der Bewerbungen handele es sich um Projekte, die sich mit der Bewältigung ganz konkreter Folgen des demografischen Wandels auseinandersetzen – etwa zunehmender körperlicher Immobilität lebensälterer Bürger, dem steigendem Erfordernis alternativer Informations- und Beteiligungskanäle oder der Nachwuchskräftegewinnung innerhalb der Verwaltung, so Dauderstädt. „Mit ihrem Votum würdigt die Jury das Verantwortungsbewusstsein und den Mut, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern neue Wege zu beschreiten.“

„MeinServiceStuttgart“: Daseinsvorsorge digital

Der Hauptpreis für die webbasierte Informationsbörse „MeinServiceStuttgart“ (<https://service.stuttgart.de>) würdigt den pragmatischen Umgang der baden-württembergischen Landeshauptstadt mit den Folgen des demografischen Wandels und dem damit einhergehenden zunehmenden Fachkräftemangel in der Verwaltung, begleitet von einer immer stärkeren Durchdringung aller Lebensbereiche mit Informationstechnik und knappen finanziellen Ressourcen: Mit dem Ziel der „Co-Produktion von Verwaltungs- und Dienstleistungen“ vernetzt die Stadt kommunale Akteure, Organisationen und Einrichtungen auf einem von ihr zur Verfügung gestellten Onlineportal. Sie haben dort die Möglichkeit, Daten, Veranstaltungen, Statistiken und Anträge zu übermitteln. Gleichzeitig ist das Portal

für Bürgerinnen und Bürger ein umfangreiches, aktuelles und frei nutzbares Suchsystem nach Einrichtungen, Dienstleistungen oder Veranstaltungen in ihrer Heimat – von geeigneten Kindertagesstätten über Sportangebote bis hin zu einem „Stellenmarkt“ für ehrenamtliche Tätigkeiten. „Das Portal entlastet alle Beteiligten von Bürokratie, beschleunigt Antragsprozesse, vernetzt die Akteure und ermöglicht der Stadt, ein umfassendes und aktuelles Informations- und Serviceangebot für Bürger und Unternehmen bereitzustellen, das sie aus eigenen Kräften heute und vor allem auch künftig nicht würde leisten können – das ist Daseinsvorsorge digital“, so dbb Chef Dauderstädt in seiner Laudatio.

Sonderpreis für „LiquidFriesland“

Ein mit 5.000 Euro dotierter Sonderpreis geht an den Landkreis Friesland. Der beschreitet mit der Web-Plattform „LiquidFriesland“ (www.liquid-friesland.de) seit 2012 einen „neuen Weg der ‚Bürgerbeteiligung 2.0‘“, so Dauderstädt. Über die Open-Source-Software LiquidFeedback können Bürgerinnen und Bürger politische Vorhaben unmittelbar mitdiskutieren und Themen auf die Tagesordnungen der Fachausschüsse des Landkreises setzen.

Mehr Infos:
<http://www.dbb.de/innovationspreis/>
(01/22/13)

dbb bekräftigt Ablehnung von Bürgerversicherung

(dbb) Mit der Einführung einer so genannten Bürgerversicherung würde „der historisch gewachsenen Pluralität der Versicherungsformen ein Ende gesetzt, ohne dass mit diesem Schritt eine nachhaltige Sanierung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung erreicht werden kann“. Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei einer Sitzung des Bundestagsausschusses für Gesundheit am 5. Juni 2013 in Berlin nochmals

unterstrichen. Anlass der Sitzung war ein Antrag der Fraktion Die Linke „Gesundheit und Pflege solidarisch finanzieren“.

„Der dbb bekennt sich ausdrücklich zum gegliederten Gesundheitssystem von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung in Deutschland“, machte Dauderstädt deutlich. Als Interessenvertretung von rund der Hälfte aller PKV-Versicherten halte der dbb an der bewährten Zweigleisigkeit zwischen GKV und PKV fest. Nur die private Krankenversicherung sei in der Lage, zum Beihilfeanspruch von Beamten verzahnte Tarife anzubieten. Würde die durch die Pluralität der Versicherungsformen bestehende Wettbewerbssituation beseitigt, hätte dies negative Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in Deutschland. Zudem habe das Bundesverfassungsgericht der PKV einen grundgesetzlich garantierten Bestandsschutz zugebilligt, so Dauderstädt.

Durch die Einbeziehung aller privat Krankenversicherten und möglicherweise anderer Einkommensarten in die GKV würden zwar höhere Einnahmen generiert, diesen stünden jedoch ebenfalls steigende Leistungsausgaben gegenüber. „Die Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung würden also verschärft beziehungsweise in die Zukunft verschoben, jeden-

falls aber nicht gelöst“, so erklärte der dbb auch in seiner Stellungnahme. Die Darstellung der „Bürgerversicherung“ als Allheilmittel zur Bekämpfung einer Zwei-Klassen-Medizin sei nicht zu Ende gedacht. Es werde vielmehr ebenfalls zu Unterschieden bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen kommen, da über das Spektrum der einheitlichen Grundversorgung hinausgehende Leitungen nur durch Abschluss privater Zusatzversicherungen oder Selbstzahlung ermöglicht werden. Dies bedeute eine Differenzierung zwischen „arm“ und „reich“.

Zudem drohe im Fall einer sofortigen Einbeziehung aller PKV-Versicherten ein Verstoß gegen das Eigentumsrecht, wenn Altersrückstellungen, die für jeden Privatversicherten individuell gebildet werden, in das umlagefinanzierte System überführt werden. „Hier wären sowohl Zuständigkeitskonflikte mit den Ländern als auch eine Klageflut betroffener Beamter und Versorgungsempfänger zu befürchten“, heißt es in der dbb-Stellungnahme.
(02/22/13)

Kongress „neueVerwaltung“ in Leipzig eröffnet – Russ kritisiert politische Versäumnisse – Öffentliche Verwaltung konsequent digitalisieren

(dbb) Politische Versäumnisse bei der Entwicklung der digitalen Gesellschaft hat Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, kritisiert. „Weder im Bund noch in den Ländern hat die Politik die vielfältigen Aspekte der digitalen Gesellschaft systematisch verfolgt und mitgestaltet“, sagte Russ zum Auftakt des 14. Kongresses „neueVerwaltung“ am 4. Juni 2013 in Leipzig. „Dieses Defizit hat auch die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung geprägt, die in der zurückliegenden Dekade zwar eine große Vielfalt von eGovernment-Lösungen hervorgebracht, dabei aber auch inkompatible Schnittstellen und Medienbrüche erzeugt hat“, sagte Russ zur Eröffnung des zweitägigen Kongresses der dbb akademie, der in diesem Jahr unter dem Motto „Digitale Gesellschaft und Verwaltung“ steht.

„Die digitale Vernetzung, ausgelöst durch die immer kürzeren Innovationszyklen in der Informationstechnik, ermöglicht eine komplett neue Qualität des Verwaltungshandelns“, zeigte sich Russ, der auch Vorsitzender der dbb akademie ist, überzeugt. Allerdings stelle „die fehlende Koordination und Standardisierung in den Anfangsjahren sich nun als Hindernis für eine durchgängige Digitalisierung von Verwaltungsprozessen dar“.

„Aus Kundensicht steht die einfache, schnelle und vor allem vertrauenswürdige Kommunikation zwischen technik- und informationsbewussten Bürgern und Verwaltung auf der Wunschliste ganz oben“, hob Russ hervor. Die Einbindung der Bürger in digitale Prozesse setze allerdings eine intensivere Auseinandersetzung als bisher mit den Zielgruppen und deren divergierenden Ansprüchen voraus. Durch die lawinenartige Verbreitung mobiler

Endgeräte und das schnelle Wachstum von Social Media entstehe ein Bedarf an elektronischer Vernetzung und Beteiligung, der die Anforderungen an eGovernment völlig neu definiert.

Als „Dilemma der öffentlichen Verwaltung“ bezeichnete Russ, dass die Aufgaben, die zu einem großen Teil vom Gesetzgeber veranlasst werden, kontinuierlich wachsen, die Ressourcen aber wegen der Finanzkrise und der geplanten Schuldenbremse sinken. „Auf diese widersprüchliche Situation kann die Verwaltung nur durch eine konsequente Digitalisierung und Standardisierung ihrer Prozesse sowie durch eine Vereinfachung der Verfahren reagieren“, sagte Russ. Dafür werde die Unter-

stützung der zentralen Gremien von Bund und Ländern wie etwa den IT-Planungsrat benötigt. Für das Personal in den Behörden führe die „Omnipotenz von sozialen Medien“ und auch die digitale Erfahrung der Kunden zur einer neuen Wirklichkeit im Arbeitsalltag. „Die zunehmende Digitalisierung wird die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch stärker im Umgang mit dem Bürger fordern. Fortbildung ist und bleibt deshalb Daueraufgabe“, so Russ.

Am 14. Kongress „neueVerwaltung“, der von einer Fachausstellung begleitet wird, nahmen Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft und allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung teil.
(03/22/13)

dbb Vize Stich zu länderspezifischen Empfehlungen

(dbb) Jedes Jahr gibt die Europäische Kommission im Rahmen des so genannten Europäischen Semesters den EU-Mitgliedsländern länderspezifische, nicht-bindende Empfehlungen, die vor allem auf eine Stärkung der Wirtschaft ausgerichtet sind. „Die Kommission stellt sich mit der Forderung nach wachsenden Reallöhnen und einem gerechteren Steuersystem auf die Seite der Gewerkschaften. Auch wird der Schwerpunkt auf eine wachstumsfreundliche Politik stärker betont“, kommentierte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Stich am 3. Juni 2013 die Empfehlungen für Deutschland.

Doch dürfe die Kommission keine unrealistischen Erwartungen wecken. „Eine geringere Ausgabenbelastung und eine gleichzeitige Zurückhaltung bei öffentlichen Ausgaben, so wie es von der Europäischen Kommission skizziert wird, lassen sich leichter fordern als in konkrete Politik umsetzen. Zudem ist der kritische Ansatz am deutschen Bildungssystem nicht gerechtfertigt.“

Die Europäische Kommission bescheinigt Deutschland, mit seiner derzeitigen Haushaltspolitik grundsätzlich auf dem richtigen Weg zu sein. Die Ziele sowohl beim künftigen Schuldenstand als auch der Neuverschuldung könnten vermutlich erreicht werden. „Der öffentliche Dienst hat in den vergangenen Jahren einen entscheidenden Anteil an der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte gehabt und ist

ein wichtiger Teil des deutschen ‚Erfolgsgeheimnisses‘“, so Stich. Doch sei es nicht nur Aufgabe des Staates, für eine stabile wirtschaftliche Situation zu sorgen, auch die Wirtschaft habe hier eine große Verantwortung. „Die Kommission hat Recht, wenn sie noch mehr nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland fordert. Ein segmentierter Arbeitsmarkt schafft soziale Verwerfungen, die dem Land als Ganzes schaden.“ Dafür müssten zudem auch staatliche Anreize geschaffen werden, so Stich. Nachhaltige Beschäftigung müsse es insbesondere im öffentlichen Dienst geben. „Wir haben im öffentlichen Dienst mehr befristete Arbeitsverträge als in der Wirtschaft, in einigen Bundesländern speziell bei den Lehrern“, kritisierte der dbb Vize. Hier müsse gerade der Staat als Vorbild vorangehen.
(04/22/13)

dbb jugend: Europäische Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit nötig

(dbb) Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs haben Ende Mai 2013 ein europäisches Konzept vorgelegt, durch das bis 2020 unter dem Einsatz von sechs Milliarden Euro

die Jugendarbeitslosigkeit deutlich abgebaut werden soll. Europaweit sind mehr als sechs Millionen junge Menschen arbeitslos.

„Europa wächst immer stärker zusammen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsländern ist das Problem aller. Deshalb muss es auch eine europäische Strategie geben, sich dieser Herausforderung zu stellen. Alleine werden die Mitgliedstaaten kaum tragbare Lösungen finden können“, kommentierte der stellvertretende dbb jugend Vorsitzende Michael Gadzalla die deutsch-französische Initiative, deren Vorschläge hauptsächlich aus günstigen Krediten an den Mittelstand, der europäischen Umsetzung des in Deutschland gut etablierten dualen Ausbildungssystems und der Förderung von Mobilität bestehen.

Nach dem Start der sogenannten Jugendgarantie im Februar 2013, die vorsieht, dass junge Menschen unter 25 spätestens vier Monate nach Eintritt der Arbeitslosigkeit einen Arbeitsplatz, ein Praktikum oder eine Ausbildungsstelle angeboten bekommen müssen, soll die Initiative der beiden Regierungen diesen Vorstoß nun mit konkreten Vorschlägen stärken. Ende Juni soll das Vorhaben auf dem Europäischen Rat diskutiert und wenige Tage später in Berlin auf einer Konferenz beschlossen werden.
(05/22/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Dienstrechtsreform - dbb rheinland-pfalz: Kritikpunkte bleiben

(dbb) Am 5. Juni 2013 hat der Landtag Rheinland-Pfalz das neue Landesgesetz zur Reform des finanziellen öffentlichen Dienstrechts - also der Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Landes- und Kommunaldienst - verabschiedet.

Der dbb rheinland-pfalz befürwortet die mit dem Gesetz einhergehende Umstellung des Bezahlungssystems im öffentlichen Dienst von Alters- auf Erfahrungsstufen, denn dies entspricht Vorgaben der Rechtsprechung und war dringend nötig.

Erbost ist der dbb Landesbund aber darüber, dass seine wichtige und konstruktive Kritik am Gesetzentwurf nicht durchgedrungen ist. Landeschefin Lilli Lenz: „Mit der Reform bekommen Mütter eins ausgewischt, weil entgegen unserer Forderung nicht drei Jahre, sondern nur ein Jahr Kindererziehungszeiten anrechenbar sein sollen für die Einordnung in die Besoldungsstufen. Und zukünftige Pensionäre, die für ihre Laufbahn einen Hochschulabschluss brauchten, bekommen zukünftig weniger davon anerkannt für ihre Versorgung. Für uns unverständlich, warum Landesregierung und Gesetzgeber trotz der demografischen Ent-

wicklung und dem erklärten Politikziel `Vereinbarkeit von Beruf und Familie´ daran festhalten. Auch im öffentlichen Dienst wird die Nachwuchsgewinnung immer schwieriger, eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen ist da absolut kontraproduktiv“, so Lenz.

Zugleich zieht der dbb rheinland-pfalz eine Parallele zu der seit 2012 geltenden Deckelung von Besoldung und Versorgung auf ein Prozent Anpassung pro Jahr bis 2016. „Die betroffenen Beamten und Versorgungsempfänger sind durch die aufgedrückten fünf inflationsbereinigten Minusrunden echt verärgert und nach zahlreichen Einschnitten über Gebühr belastet.“ In den vom dbb unterstützten Musterverfahren werde sich zeigen, ob die langfristige Festlegung rechtens ist.
(06/22/13)

NBB bezeichnet Berechnungsgrundlage für Stellenabbau als „realitätsfern“

(dbb) Der niedersächsische Beamtenbund NBB hat die Landesregierung aufgefordert, eine umfassende Konzeption vorzulegen, die die Zukunft des Landes sichert. „Den Bevöl-

kerungsrückgang und den Rückgang der Erwerbstätigen in Niedersachsen als Basis zu nehmen, um einen Stellenabbau im Umfang von 19.000 Vollzeitstellen bis zum Jahr 2028 zu fordern, ist realitätsfern“, stellte der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer am 5. Juni 2013 zu Erhebungen des Landesrechnungshofes fest. Dies zeuge nicht von fundierter Analyse und sei „purer Populismus“. Der Landesrechnungshof hatte einen deutlichen Personalabbau gefordert.

„Ein ganzer Strauß von Aufgaben der Landesverwaltung wird auch künftig unabhängig von der Erwerbsfähigen- oder Bevölkerungszahl im bisherigen Umfang erbracht werden müssen; andere werden mit weniger Personal auskommen können, wiederum andere wegen der älteren Bevölkerung sogar mehr Personal benötigen“, stellte Schäfer fest. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass in einem Flächenland und insbesondere angesichts der alternenden Gesellschaft Bürgernähe gewahrt werden muss.

Schäfer weiter: „Wir haben nichts dagegen, wenn die Landesregierung Personalbedarfsplanung, Verwaltungsmodernisierung sowie Aufgabenkritik eng verzahnt und in einem Gesamtkonzept auf die Folgen demografischer Veränderungen ausrichtet, um so eine leistungsfähige Landesverwaltung in Niedersachsen sicherzustellen.“ Das Land müsse den „enormen altersbedingten personellen Aderlass“ in den kommenden 15 Jahren in den Griff bekommen. Dabei wolle der NBB als gewerkschaftliche Spitzenorganisation eingebunden werden, so Schäfer.
(07/22/13)

Vor dem Schweriner Landtag: Demonstration für bürgernahe Justiz

(dbb) „Man muss nicht B sagen, wenn erkennbar ist, dass schon A falsch war“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht vor 800 Teilnehmern einer Kundgebung gegen die geplante Gerichtsstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern am 5. Juni 2013 vor dem Schweriner Landtag. „Weg von politischen Entscheidungen – hin zu Entscheidungen, die von Experten begleitet werden“, forderte Knecht.

Dem Aufruf von dbb m-v, Richterbund und Rechtsanwaltskammer zu der Protestaktion waren Richter, Rechtsanwälte, Justizbedienstete aber auch betroffene Bürgerinnen und Bürger, Stadtvertreter sowie Bürgermeister gefolgt. Die Politik sei aufgefordert, Rechtsstaatlichkeit aktiv zu verteidigen. Im Koalitionsvertrag hätten sich SPD und CDU dazu verpflichtet. Die geplante Gerichtsstrukturreform sei das Gegenteil, kritisierte der dbb-Landeschef.

Mit der Reform sollen 6 der vorhandenen 21 Amtsgerichte im Land aufgelöst und fünf wei-

tere in sogenannte Zweigstellen umgewandelt werden. Der dbb m-v sehe mit Sorge, dass die Gerichtsstrukturreform in erster Linie zur Kostensenkung dienen soll, die bis dato nicht einmal belegt wurde. „Der Bürgerservice bleibt dabei auf der Strecke“, betonte Knecht. Durch die Reduzierung der Zahl der Amtsgerichte entstünden unzumutbare Wege für den rechtssuchenden Bürger, aber auch für die Justizbeschäftigten. Auch Mehrkosten für die Justiz durch teurere Prozesse seien zu befürchten.
(08/22/13)

Sachsen-Anhalt: Geplante Kürzungen vom Tisch

(dbb) Als „richtiges und wichtiges Signal“ bewertet der dbb sachsen-anhalt, „dass sich Innenminister Holger Stahlknecht vor seine Polizeibediensteten gestellt und erklärt hat, dass es keine Streichung der Polizeizulage und der Einmalzahlung in Höhe von 4.091 Euro bei Eintritt in den Ruhestand geben wird“. Das sagte dbb-Landeschef Mai Wagner am 31. Mai 2013.

Die Schließung von Polizeistationen im Zuge der geplanten Strukturreform und die zuneh-

mende Arbeitsverdichtung durch Stellenabbau sorgten ohnehin schon für Frust und Ärger. Die

von Landesfinanzminister Jens Bullerjahn beabsichtigte Streichung der Polizeizulage und der Einmalzahlung hätte das Fass zum Überlaufen gebracht. „Die Polizeizulage ist kein Geschenk des Dienstherrn. Mit dieser Stellenzulage werden insbesondere der Posten- und Streifendienst sowie die besonderen Belastungen im Wechselschichtdienst abgegolten. Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr 63,69 Euro und nach zwei Dienstjahren 127,38 Euro. Mit der Einmalzahlung sollen entgangene höhere Dienstbezüge für die Zeit bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze ausgeglichen werden. Beamte des Vollzugsdienstes, dazu gehören neben den Polizeivollzugs-

beamten auch die im Strafvollzug und die im Einsatzdienst der Feuerwehr bei den Kommunen, treten bereits mit 60 Jahren in den Ruhestand.“

Wagner warnte davor, die neben der Besoldung gezahlten Zulagen zur Verfügungsmasse des Finanzministers bei der Haushaltssanierung zu machen. Auch geplante Kürzungen im Bereich der Beihilfe wie die Einführung einer Kostendämpfungspauschale und Einschnitte bei der freien Heilfürsorge werde der dbb-Landesbund nicht widerstandslos hinnehmen. (09/22/13)

dbb brandenburg wertet Aktion „Weckruf“ als „vollen Erfolg“

(dbb) Mehrere hundert Mitglieder der Gewerkschaften und -verbände des dbb beamtenbund und tarifunion brandenburg haben am 5. Juni 2013 mit der Aktion „Weckruf“ vor dem Landtag lautstark ihre Forderung nach einer Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich vertreten. Der dbb-Landesbund wertete die Demonstration als „vollen Erfolg“.

Die Demonstranten - aus dem Finanz-, Polizei-, Justiz- und Justizvollzugsbereich und aus Schulen sowie Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger – machten den Abgeordneten mit Pfeifen und Rasseln deutlich, dass sie weitere Sonderopfer und Nullrunden nicht akzeptieren. Der Landesvorsitzende des dbb brandenburg, Ralf Roggenbuck, machte noch einmal klar, dass die Eins-zu-eins-Übernahme selbstverständlich sein muss.

Nach den im Landtag vertretenen Parteien, die Vertreter zu Gesprächen mit den Demonstranten schickten, nahm sich auch Ministerpräsident Matthias Platzeck Zeit dafür. Er versicherte den Demonstranten seine Wertschätzung für die Arbeit der Beamtinnen und Beamte des Landes. (10/22/13)

BDZ sieht sich bestätigt: Konzept einer „Bundesfinanzpolizei“ gescheitert

(dbb) Eine „Bundesfinanzpolizei“ wird es nicht geben. Der von der Fraktion Die Linke in den Bundestag eingebrachte entsprechende Antrag scheiterte am 5. Juni 2013 im Finanzausschuss. Gegen die Stimmen des Antragstellers und bei Enthaltung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnte der Ausschuss das Vorhaben ab.

Nach dem Willen der Linken sollte eine selbstständige, originär polizeilich ausgerichtete „Bundesfinanzpolizei“ als Polizei mit begrenzten Aufgaben aus der Bundeszollverwaltung herausgelöst werden. Der dreigliedrige Verwaltungsaufbau des bisherigen Zolls sollte zu Gunsten einer zweigliedrigen Struktur aufgehoben, die Ermittlungs-, Fahndungs- und Kontrolleinheiten des Zolls gebündelt und eine einheitliche Führung und Fachaufsicht installiert werden.

Der Bundesvorsitzende des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Klaus H. Leprich, begrüßte die Entscheidung des Finanzausschusses und sieht die Position des BDZ auf ganzer Linie bestätigt. Deutschland brauche keine „Bundesfinanzpolizei“, um die Kriminalität in den Zuständigkeiten des Zolls noch wirksamer bekämpfen zu können. Die zweifellos vorhandenen Optimierungsmöglichkeiten müssten nicht zu einer Zerschlagung der Zollverwaltung führen, so Leprich.

Entscheidend sei, ob man bereit ist, sich den Herausforderungen selbstkritisch zu stellen. Genau auf dieser Basis werde der BDZ in der

Politik und bei Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Handlungsbereitschaft einfordern (11/22/13)

VBE zum Wettbewerb „Starke Schule“: Schulabschluss für jeden ermöglichen

(dbb) „Auch wenn die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss in Deutschland inzwischen unter

50.000 liegt, darf keine Entwarnung gegeben werden.“ Das sagte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann mit Blick auf den Bundeswettbewerb „Starke Schule“, dessen Sieger am 5. Juni 2013 in Berlin ausgezeichnet wurden. Der Wettbewerb wird alle zwei Jahre für Schulen ausgeschrieben, die zur Ausbildungsreife führen.

Nur mit Schulabschluss gebe es wirkliche Chancen für berufliche Ausbildung und den Zugang zum Arbeitsmarkt, so Beckmann weiter. „Die verantwortliche Politik ist gefordert, die notwendigen Strukturen und Voraussetzungen für multiprofessionelles Arbeiten zu schaffen, damit Schulen erfolgreich agieren können. Wir müssen alles tun, um Jugendliche nicht in die Arbeitslosigkeit zu entlassen und gesellschaftliche Teilhabe zu versperren“, so Beckmann. Die Erfahrung zeige, dass konsequente enge Zusammenarbeit von Schule, Eltern, Berufsberatung und Wirtschaft der erfolgversprechendste Weg sei, schulisches Scheitern zu verhindern. Das habe erneut der Schulwettbewerb für die Sekundarstufe I

„Starke Schule“ gezeigt, so Beckmann, der Mitglied in der Bundesjury ist.

In das Ausbildungsjahr 2011/2012 gingen laut Statistischem Bundesamt 49.560 Schulabgänger ohne Abschluss (5,6 Prozent der Schulabgänger 2011). Im Jahr 2010 waren es 53.058 Schulabgänger ohne Abschluss (6,5 Prozent des Abschlussjahrgangs). Im selben Jahr setzte sich der Nationale Ausbildungspakt das Ziel, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu halbieren. (12/22/13)

„Einheitslehrer“ wird vom Philologenverband abgelehnt

(dbb) In die neu aufgeflammete Debatte um „einen Lehrer für alle Schulformen“ hat sich der Deutsche Philologenverband (DPHV) eingeschaltet. Während Reformen sich von der vereinheitlichten Lehrerausbildung und dem so genannten Einheitslehrer mehr Bildungsgerechtigkeit versprechen, befürchtet der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger, dass Gymnasiallehrer mehr Pädagogik, aber geringere Studienanteile im Fachstudium absolvieren und dass gute Absolventen den Lehrerberuf scheuen werden.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Ausgabe vom 1. Juni 2013) zitiert Meidinger mit den Worten: „Denn wenn jungen Leuten nicht klar ist, als was sie aus dem Studium rauskommen, werden sich weniger für das Lehramtsstudium entscheiden.“ Es sei erwiesen, dass gerade diejenigen Abiturienten sich für ein Gymnasiallehramtsstudium entscheiden, die sich stärker für das Fach interessieren, so Meidinger weiter. Unter Realschul- oder Grundschullehrern

sei hingegen häufiger das „sichere“ Einkommen oder die Vereinbarkeit des Lehrerberufs mit einer Familiengründung für die Berufswahl ausschlaggebend. Am Ende, so warnte der DPhV, werde es einfach möglich sein, vom zweigliedrigen auf ein eingliedriges Gesamtschulsystem umzustellen, wenn die Lehrer erst einmal „Einheitslehrer“ seien. (13/22/13)

BLBS-Kritik: Warum werden wir nicht gefragt?

(dbb) Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Regierungen der Länder, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) vereint sind, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa stärker bekämpfen wollen. Dazu haben sie sich auf einen „Jugendaktionsplan“ geeinigt.

Auf Kritik stieß beim BLBS, dass der Verband nicht am Aufbau der Berufsschulen in den betroffenen Ländern beteiligt wird und die Erfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern an berufsbildenden Schulen nicht in diesen Aufbau einbezogen werden.

Die OECD fordert in dem „Jugendaktionsplan“ unter anderem, junge Menschen besser auf die Arbeitswelt vorzubereiten, die Anzahl derer zu verringern, die die Schule ohne Abschluss abbrechen, und die Berufsausbildungsgänge qualitativ zu verbessern, etwa durch eine Kombination der Ausbildung am Arbeitsplatz mit der in Berufsschulen.

Der BLBS erklärte dazu am 3. Juni 2013, dass es „wenig zielführend ist, die Organisation der

dualen beruflichen Bildung, wie sie in Deutschland seit vielen Jahren selbstverständlich ist, einfach auf die Länder zu übertragen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch ist, dass bei der Übertragung der Organisation die gewachsenen Strukturen und die gesellschaftliche Verankerung in diesen Ländern deutlicher berücksichtigt werden müssen und dass die Verschränkung von fachtheoretischen Inhalten mit der Praxis sowie die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen, wie sie in den Berufsschulen vermittelt werden, erst eine vollständige Berufsausbildung ermöglichen“.

Der BLBS bot Hilfe und Erfahrungsvermittlung bei den notwendigen Anpassungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an.
(14/22/13)

VDR: Differenzierte Bildungsangebote sichern erfolgreichen Übergang in den Beruf

(dbb) Der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, hat den Siegern des Bundeswettbewerbs „Starke Schulen“ gratuliert und die Notwendigkeit der Vielfalt im Bildungssystem betont.

„Chancengerechtigkeit in der Bildung entsteht, wenn es uns gelingt, die Kinder und Jugendlichen individuell zu fördern und zu fordern, differenzierte Bildungsangebote bereitzuhalten und passgenaue Übergänge in die berufliche Ausbildung zu gestalten“, sagte Böhm am Rande der Preisverleihung am 5. Juni 2013 in Berlin.

In Anwesenheit von Bundespräsident Joachim Gauck wurden aus 700 Bewerberschulen

Deutschlands beste Schulen prämiert, die zur Ausbildungsreife führen. „Gerade Kinder mit schwierigen Startbedingungen müssen Bildungswege gehen können, in denen Förderung und Leistungsanforderungen im richtigen Verhältnis stehen und Übergänge in die duale Berufsausbildung oder innerhalb des hochdifferenzierten Bildungssystems ermöglicht werden“, so Böhm.
(15/22/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Mit Blick auf die bereits geltenden Regelaltersgrenzen für Beamte im Bund und in der Mehrzahl der Länder hat der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** erklärt, der dbb habe sich nicht rigoros gegen eine Anhebung der Lebensarbeitszeit - analog zum Ren-

tenalter – gesperrt. Die „Saarbrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 3. Juni 2013) zitiert Dauderstädt mit den Worten: „Wir dürfen uns ja nicht der Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Statusgruppen entziehen.“ Für Angestellte im öffentlichen Dienst wird das Rentenalter be-

reits schrittweise angehoben. Allerdings müsse die Regelung aus dem Rentenrecht „systemgerecht und wirkungsgleich“ übertragen werden, forderte Dauerstäd, Beamten dürfe „kein Sonderopfer“ abverlangt werden. Die Regelaltersgrenze anzuheben, sei aber nur die eine Seite der Medaille. Viel zu wenig werde darüber geredet, wie möglichst viele Beschäftigte überhaupt bis 67 durchhalten könnten.

Am 30. Mai 2013 haben sich der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, **Hans-Ulrich Benra**, und die Landesspitze des dbb brandenburg zu einem zweiten Gespräch mit den zuständigen Staatssekretären aus den brandenburgischen Landesministerien über aktuelle beamtenpolitische Themen getroffen. Vereinbart wurde für den 14. Juni ein Treffen mit Innenminister Dietmar Woidke und Finanzminister Helmuth Markov. Dabei soll es sowohl um die Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifergebnisses und der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes als auch um Langzeitarbeitszeitkonten für Tarifbeschäftigte, Ermäßigung der Lehrverpflichtung für Tarifbeschäftigte und Beamte, die freiwillige Verlängerung der Arbeitszeit für Richterinnen und Richter sowie Altersteilzeitregelungen für Waldarbeiter gehen, teilte der dbb brandenburg mit. Der dbb Landesbund werde keiner finanziellen Koppelung zwischen den genannten Themenbereichen und den Kernbereichen Eins-zu-eins-Übernahme und Wiederaufnahme der Zahlung des Weihnachtsgeldes zustimmen, hieß es.

Mit Abschluss der Redaktion zur Umsetzung der Tarifeinigung vom 9. März 2013 mit den Ländern der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) legt der Geschäftsbereich Tarif des **dbb** die Broschüre zum „TV-L und TVÜ-Länder“ neu auf. Die Broschüre enthält die aktuellen Texte und Erläuterungen zum Tarifrecht für die Beschäftigten der Länder der TdL sowie die Tarifverträge für die Auszubildenden der Länder (TVA-L BBiG / Pflege). Für die Auftragshöhe müssen verbindliche Bestellungen bis Freitag, 21. Juni 2013 vorliegen, gerne auch mit Ihrem Verteilerschlüssel. Der kalkulierte Preis für Band Nr. 11a liegt je nach Auftragshöhe zwischen 2,50 Euro und 3,40 Euro. Der Preis versteht sich zuzüglich Kosten für Porto und Verpackung. Bestellungen erbeten über den Bestellservice auf der dbb-Homepage unter <http://www.dbb.de/themen/arbeitnehmer/tarif-bestellformular.html>.

Zum 33. Mal in Folge hat der **dbb** die zum Personalvertretungsrecht ergangene Rechtsprechung ausgewertet. Mit der Zusammenstellung der wichtigsten Entscheidungen vornehmlich aus dem Jahre 2012 sollen insbesondere die Personalratsmitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften unterstützt werden. Auch die 33. Ausgabe der „Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht“ bietet einen zuverlässigen Überblick über inhaltliche Schwerpunkte und Tendenzen der einschlägigen Rechtsprechung im Beobachtungszeitraum. Mit der Juni-Ausgabe des Rechtsprechungsdienstes für Personalratsmitglieder (*ZfPR online*) wird den in dem entsprechenden Verteiler geführten Personalratsmitgliedern der Link unmittelbar zugesandt. Es wird empfohlen, auch anderen Personalratsmitgliedern den Link zur Verfügung zu stellen bzw. sie über die Abrufbarkeit auf den Personalratsseiten der Website des dbb zu informieren. http://www.dbb.de/dokumente/zfpr/Rechtsprechungsbroschueren/Rechtsprechung_zum_Personalvertretungsrecht_Ausgabe_33.pdf

Der Landesvorsitzende des dbb berlin, **Frank Becker**, hat am Landesparteitag der SPD am 25. Mai 2013 teilgenommen. Becker machte im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Rahed Saleh, deutlich, dass er – nachdem die CDU-Fraktion einen Vorschlag für die Anpassung der Besoldung der Beamtinnen und Beamten vorgelegt hat – nunmehr auch eine entsprechende Vorlage der SPD-Fraktion erwarte. Nach dem Landesparteitag der CDU begrüßte Becker die Ankündigung von CDU-Innensenator Frank Henkel, sich weiter für die Besoldungsanpassung der Beamtinnen und Beamten einzusetzen. Der dbb-Landesvorsitzende kündigte an, dieses Thema auch in seinem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, am 1. Juli 2013 zu behandeln.

Der dbb schleswig-holstein bleibt bei seiner Forderung nach einer Eins-zu-eins-Besoldungsanpassung. Das hat die Landesvorsitzende **Anke Schwitzer** am 5. Juni 2013 noch einmal unterstrichen. „Für uns ist die Sache klar: Eine Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifergebnisses auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und –beamten einschließlich der Versorgungsempfänger muss kommen“, sagte Schwitzer am Vortag der Anhörung von Finanz- sowie Innen- und Rechtsausschuss des

Landtages in Kiel zum Gesetzentwurf. Sie verwies zur Begründung unter anderem auf die seit einigen Tagen bekannten Mehreinnahmen von über 50 Millionen Euro, die sich als strukturelle Zuflüsse auch in den Folgejahren auswirken werden.

Auf einem Fachforum der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz unter dem Motto „Steuergerechtigkeit und effektiver Steuervollzug“ am 29. Mai 2013 in Berlin haben Vertreter der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (**DSTG**) ihre Forderung nach einer raschen Einführung des automatischen Datenaustauschs bekräftigt. Diskutiert wurden auch aktuelle Themen wie „Offshore-Leaks“, CD-Ankauf, Bankgeheimnis in Europa und das Thema Selbstanzeige. Dabei machten die DSTG-Vertreter deutlich, dass die besten Regeln wenig nutzen, wenn nicht genügend Personal vor Ort vorhanden ist. Vor zahlreichen Experten und Medienvertretern machten die Amtschefs der beiden Finanzministerien, Wolfgang Leidig (Baden-Württemberg) und Salvatore Barbaro (Rheinland-Pfalz) deutlich, dass beide Länder eine zentralistische Bundessteuerverwaltung ebenso ablehnen wie die Forderung nach einer Bundessteuerfahndung. Auch die DSTG steht beiden Forderungen skeptisch gegenüber.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat Pläne des Bundesverkehrsministeriums begrüßt, Polizeiautos in Deutschland mit dem US-Sirenton aufzurüsten. Der DPoIG-Vorsitzende **Rainer Wendt** sagte der „Welt“ (Ausgabe von 31. Mai 2013): „Die Gesetzesänderung ist dringend notwendig. Das dient dem Schutz der Einsatzkräfte und der Fahrzeuge.“ Die Ministerpräsidenten müssen dem Vorhaben noch zustimmen. Über die mögliche Umsetzung kann zudem jedes Land einzeln entscheiden.

Die Reaktion in den Bundesländern fällt bisher gemischt aus.

Der DPhV-Vorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** hat den Gewinnern des Deutschen Schulpreises gratuliert. Schulen und Lehrkräfte hätten die verdiente Belohnung für ihr herausragendes Engagement erhalten, so Meidinger am 3. Juni 2013. Zugleich forderte der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes aber die Preisstifter von Robert Bosch Stiftung und Heidehof-Stiftung auf, ihre Vergabekriterien zu überprüfen. Diese seien so gefasst, dass viele der 40.000 Schulen in Deutschland auch bei erstklassigen Leistungen nur geringe Chancen auf einen Erfolg in dem Wettbewerb hätten. Dies zeige sich schon daran, dass mit 114 Bewerbungen in diesem Jahr ein neuer Tiefpunkt der Anmeldungen erreicht worden sei. Nach den jetzigen Vergabekriterien würden Privatschulen, Schulen besonderer Art und integrative Schulen bevorzugt, so Meidinger, während traditionelle und nichtintegrative Schulformen bestimmte Anforderungen nur schwer erfüllen könnten.

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in Deutschland im ersten Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal durchschnittlich um 3,0 Prozent gestiegen. Wie das **Statistische Bundesamt** (Destatis) am 31. Mai 2013 weiter mitteilte, lag der Anstieg in der Privatwirtschaft bei 3,2 Prozent und im Bereich "Nicht marktbestimmte Dienstleistungen", zu dem unter anderem die Wirtschaftsbereiche Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen gehören, bei 2,7 Prozent. Betrachtet wurden die regelmäßig gezahlten tariflichen Grundvergütungen ohne Sonderzahlungen.
(16/22/13)